

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Turnaround?

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Konjunkturprognose für Deutschland erneut nach unten korrigiert. Danach wird die deutsche Wirtschaft 2024 nur noch um 0,2 % wachsen. Damit behielte die Bundesrepublik die rote Laterne für das niedrigste Plus der führenden westlichen G7-Industriestaaten. Zum Vergleich: Der IWF rechnet für das laufende Jahr mit einem Wachstum der Weltwirtschaft um 3,2 %. Der vom Bundeskanzler reklamierte „Turnaround“ schlägt sich hierzulande also nicht in entsprechend positiven Zahlen nieder. Nach der 2023 erfolgten Schrumpfung der deutschen Wirtschaft um 0,3 % erscheint derzeit selbst ein marginales Wachstum von 0,2 % in 2024 nicht sicher. Bedenklich wirkt die zunehmende Realitätsverweigerung, mit der Scholz den Ernst der Lage relativiert und politische Untätigkeit beschönigt. Der Versuch, mit öffentlichen Appellen, gegenstandslosen Erfolgsmeldungen und zweifelhaften Prognosen (März 2023: „Ich gehe davon aus, dass Deutschland vor einer Phase großen Wachstums steht.“) einen zumindest mentalen Turnaround herbeizureden, stößt zunehmend auf Irritation und Unverständnis. So sorgte sein Aufruf, „den Wirtschaftsstandort Deutschland stark zu machen und nicht schlechtzureden“, auf der Hannover Messe für Ratlosigkeit. Das galt auch für seinen Hinweis, dass „Stimmung und Lage nicht immer deckungsgleich“ seien. Auf dem Bankentag merkte der Kanzler nahezu gesundbeterisch an: „Ja, die Zeiten sind unruhig. Auch an Deutschland geht das

nicht spurlos vorbei. Aber wir navigieren da gut hindurch.“ An volkswirtschaftlicher Naivität kaum noch zu übertreffen ist folgende Erklärung: „Die Exportschwäche entsteht, weil einige Länder nicht wachsen. Das hat ja nichts mit uns zu tun als Exportland.“ Hier stellt sich erneut die Frage nach der Kompetenz und Qualität der Redenschreiber im Kanzleramt. Schlimmer noch ist das Risiko, dass solch politische Gute-Laune-Botschaften auf Regierungsebene den Blick trüben für dringenden Handlungsbedarf auf Feldern wie der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Stärkung der nationalen Wirtschaftsstrukturen. Daraus wächst die Gefahr, dass überfällige Probleme von der Regierung noch nicht einmal erkannt, geschweige denn angepackt werden. Das britische Wirtschaftsmagazin „Economist“ vermutet, dass die deutsche Politik überhaupt noch nicht verstanden hat, wie wichtig eine Kursänderung wäre.

„Geringes Trendwachstum“

Trotz der regierungsamtlichen Schalmeienklänge erwartet der BDI-Präsident für 2024 einen erneuten Rückgang der Industrieproduktion um 1,5 % und eine Stagnation der Exporte. Russwurm weiter: „Für den Industriestandort bleiben die Herausforderungen groß. Stärkeres Wachstum und guten Profit erzielen deutsche Unternehmen derzeit vor allem an ihren Produktionsstandorten im Ausland.“ Besonders wichtig sei die strukturelle Stärkung: „Mit dem geringen Trendwachstum von einem halben Prozent wird Deutschland die großen Herausforderungen aus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demographie nicht stemmen können – finanziell nicht und wegen daraus zwangsläufig folgender Verteilungsfragen auch nicht in der gesellschaftlichen Diskussion. Nur wenn es gelingt, mehr Wachstumsdynamik zu erzeugen, können wir Ressourcen für die Transformation mobilisieren, unsere Infrastruktur auf Vordermann bringen, die Attraktivität des Standorts für in- und ausländische Unternehmen erhöhen und das hohe Niveau unseres Sozialsystems sichern.“ Aus Sicht der Industrie seien drei politische Reformen von vorrangiger Bedeutung: „Wir brauchen wettbewerbsfähige und langfristig planbare Energiepreise. Die Stromnetzentgelte müssen deutlich gesenkt werden, und die Regierung muss die angekündigte Kraftwerksstrategie und die Wasserstoffstrategie schnell konkretisieren und mit Priorität umsetzen. Die Unternehmen benötigen außerdem dringend weniger Bürokratie. Das Bürokratieentlastungsgesetz Nummer vier stellt keinen Befreiungsschlag dar. Zusätzlich müssen die Unternehmenssteuern auf ein wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent gesenkt werden. Die aktuelle Belastung von knapp 30 Prozent ist ein ernstzunehmender negativer Standortfaktor.“

Note 3,4

Angesichts der hier gespiegelten Gemengelage kann es nicht überraschen, dass Deutschland

im internationalen Vergleich als schwach eingeschätzt wird. So haben 180 Professorinnen und Professoren beim neuen Ökonomenpanel des ifo-Instituts den Standort im Durchschnitt mit der Schulnote 3,4 bewertet. Dabei gaben 38 % die Note 3, 20 % eine 2 sowie jeweils 17 % die Noten 4 und 5. Dieses Ergebnis ist – so ifo – für die Industrienation „besorgniserregend schlecht“. Als Schwachpunkte nannten die Teilnehmer vor allem die Bürokratie (87 %), die Energiepreise, die Verfügbarkeit von Rohstoffen (73 %) und die mangelnde Digitalisierung (67 %). Zu den Stärken zählen die Experten die politischen Institutionen (67 %), die Bildung und die Ausbildung der Beschäftigten in Deutschland (53 %) sowie die Sicherheit und die geringen geopolitischen Risiken (43 %). Ifo merkt an: „Damit es dem Wirtschaftsstandort Deutschland besser geht, werden Reformen benötigt. Dazu zählen der Bürokratieabbau, mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und Digitalisierung sowie die Anpassung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung.“ Nicht auszuschließen ist, dass der Bundeskanzler auch dieses schlechte wissenschaftliche Testat als Versuch einstufen würde, den „Wirtschaftsstandort schlechtzureden“. Übrigens: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist – laut Statistischem Bundesamt – im Februar 2024 gegenüber dem Vorjahresmonat um 31,1 % gestiegen.